

Frage

Im März 2003 hatte ich schon eine Anfrage zum selben Thema eingereicht. Die Antwort des Staatsrats lautete wie folgt : Die tägliche Differenz zwischen dem Spitaltarif und dem von der Krankenversicherung übernommenen Tarif geht grundsätzlich zu Lasten der Spitäler und nicht des Patienten. Denn es geht nicht an, den Patienten für einen Platzmangel in den Pflegeheimen verantwortlich zu machen.

Zu mehreren Malen ist der Verein Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) von Familien angegangen worden, deren Angehörige oder Angehöriger im Spital Marsens hospitalisiert worden war und die aufgefordert wurden, diese Differenz zu übernehmen. Im Wissen, dass die Wartelisten für einen Pflegeheimenritt länger werden, richte ich die folgenden Fragen an den Staatsrat :

1. Auf welcher neuen Rechtsgrundlage im Vergleich zur Situation im Jahr 2003 beruht die Praxis des Kantonalen Psychiatrischen Spitals Marsens ?
2. Wie ist die Praxis in den übrigen öffentlichen Spitälern des Kantons ?
3. Falls sich die Änderung der Praxis als gerechtfertigt erweist : kann die Differenz zu Lasten des Patienten durch die Ergänzungsleistungen zur AHV übernommen werden ?
4. Abgesehen von den im Spital Marsens anerkannten Pflegeheimbetten und den Betten, die im Jahr 2005 in den nicht vollständig als Pflegeheime geltenden Betten anerkannt worden sind (effektiv schon belegte Betten): welche Massnahmen gedenkt der Staatsrat zu ergreifen, um dieser Situation abzuhelpen ?

13. Mai 2005

Antwort des Staatsrats

1. Die gesetzlichen Grundlagen in Sachen beschränkte Übernahme der Spitalkosten betagter Personen durch die Krankenversicherer haben sich seit der Antwort des Staatsrats vom Jahr 2003 zum selben Thema nicht geändert.

Nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG), das am 1. Januar 1996 in Kraft getreten ist, müssen Spitalbehandlungen in Form von Pauschalen vergütet werden, die vertraglich zwischen den Krankenversicherern und den Spitälern festgelegt werden. Diese Tarife gelten, so lange « der Patient oder die Patientin nach medizinischer Indikation der Behandlung und Pflege oder der medizinischen Rehabilitation im Spital bedarf ». Ist diese Voraussetzung nicht mehr erfüllt, so kommt für den Spitalaufenthalt der Tarif für den Aufenthalt in einem Pflegeheim zur Anwendung (Art. 49 Abs. 3 KVG).

Demzufolge können die Spitäler den Patientinnen und Patienten für die Erteilung von Pflegeleistungen keine allfällige Tariffdifferenz belasten.

Wie gesagt zahlen die Versicherer aufgrund von Artikel 49 Abs. 3 KVG den für den Aufenthalt in einem Pflegeheim geltenden Tarif. In den Pflegeheimen ist zwischen drei beziehungsweise vier Preisen zu unterscheiden : Pensionspreis (zu Lasten der Heimbewohnerinnen und -bewohner), Pflegepreis (zu Lasten der Versicherer), Betreuungspreis (zu Lasten der Heimbewohnerinnen und -bewohner mit einer möglichen Beteiligung der öffentlichen Hand) und schliesslich die Finanzierungskosten (zu Lasten der Gemeinden).

Das Psychiatrische Spital Marsens steht somit dem Problem gegenüber, dass sich das Finanzierungssystem in den Pflegeheimen stark von dem seinen unterscheidet. Die

Versicherer zahlen eine Tagespauschale von 194 Franken für die Alterspsychiatrie (Akutpflege). Dieser Tarif sollte 50% der anrechenbaren Kosten in der allgemeinen Abteilung entsprechen (Artikel 49 KVG). Somit sind die Kosten für Unterbringung, Betreuung usw. in den Spitaltarifen inbegriffen, wohingegen sie aus den Pflegeheim-Tarifen ausgeschlossen sind.

Das Psychiatrische Spital sieht sich daher Verrechnungsschwierigkeiten gegenüber, sobald die Versicherer einen Aufenthalt nicht mehr als Spitalaufenthalt anerkennen, sondern ihn als Langzeitaufenthalt nicht akuter Art betrachten. Das Spital hat sich deshalb für eine pragmatische Lösung entschieden, die den Interessen sowohl der Patientinnen und Patienten als auch der Institution Rechnung trägt. Die Differenz zwischen dem vorher von den Versicherern bezahlten Spitaltarif und dem in den betroffenen Fällen bezahlten Pflegeheimtarif entspricht ungefähr dem Pensionspreis der Pflegeheime beziehungsweise dem Preis, der in den so genannten Altersheimen verrechnet wird. Es ist also beschlossen worden, diese Differenz als Beteiligung an den Beherbergungskosten in Rechnung zu stellen (beziehungsweise in Analogie zum Pensionspreis in einem Pflegeheim). Im Wissen, dass die Unterscheidung zwischen Pensionspreis und Betreuungspreis komplexer ist, hat das Psychiatrische Spital davon abgesehen, diese Leistung sowie die Finanzierungskosten zu fakturieren.

Somit werden also Patientinnen und Patienten, die auf ihre Unterbringung warten, letztendlich gegenüber Personen, die direkt im Anschluss an ihren Spitalaufenthalt einen verfügbaren Pflegeheimplatz finden, nicht finanziell benachteiligt, da sie die in den Pflegeheimen geschuldeten Betreuungskosten nicht tragen müssen.

Durch die formelle Anerkennung von 6 Pflegeheim-Betten für das Kantonale Psychiatrische Spital und ihre Aufnahme in die Liste der Pflegeheime (SGF 834.2.41) konnte die Situation auch unter dem Aspekt der Betreuungskosten geklärt werden.

2. Kein weiteres Spital des Kantons Freiburg belastet die vom Krankenversicherer nicht gedeckte Tariffdifferenz den Patientinnen und Patienten. Die von der Krankenversicherung nicht gedeckten Kosten gehören zum Ausgabenüberschuss der Spitals, der von der öffentlichen Hand übernommen wird. Es sei jedoch gesagt, dass in den Spitälern für somatische Krankenpflege Situationen, wie sie von Grossrat Thomet beschrieben wurden, selten vorkommen. Auch sucht das Kantonsspital Bertigny derzeit Lösungen für die Regelung dieses Problems.
3. Die Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen (SGF 841.3.11) schreibt in Artikel 5 quater Bst. c vor, dass die Aufenthaltskosten in Heimen bis zu 103 Franken pro Tag berücksichtigt werden können. Das Psychiatrische Spital Marsens verfügt über eine Bewilligung im Sinne des Gesundheitsgesetzes. Nichts hindert also die Bewohnerinnen und Bewohner an der Einreichung eines Gesuches um Ergänzungsleistungen. Die Ausgleichskasse hat übrigens solche Gesuche schon bearbeitet und angenommen.
4. Der Staatsrat stützt sich in seiner Politik der Anerkennung neuer Pflegeheim-Betten im Wesentlichen auf den Bericht vom 27. November 2003, der einen Ansatz von 25 Pflegeheim-Betten für 100 Betagte ab 80 Jahren vorsieht. In letzter Zeit sind in den Pflegeheimen jährlich zwischen 50 und 70 neue Betten anerkannt worden. Ausserdem sind Pilotprojekte für die Liaison-Psychiatrie lanciert worden, und diese Massnahme wird in den nächsten Jahren allgemein ausgedehnt. Im gleichen Zusammenhang sei auch auf die Schaffung einer alterspsychiatrischen Einheit im Spital des Seebezirks in Meyriez hingewiesen. Zum Auftrag der beratenden Kommission für Pflegeheime für Betagte gehört es im Übrigen, zur Pflegeheimplanung Stellung zu nehmen und den Staatsrat in allen Fragen zu beraten, die mit der Betreuung betagter Personen verbunden sind. Die Vorschläge dieser Kommission im Bericht 2003 dienen als Richtlinien für die Politik der nächsten Jahre. Im Übrigen kommt der Bericht zum Schluss, dass im Jahr 2005 in den Pflegeheimen 2137 Betten für Langzeitaufenthalte erforderlich seien. Am Ende dieses Jahres werden gemäss der Pflegeheim-Liste (SGF 834.2.31) 2133 Betten anerkannt sein.